



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

Bülow über das Verhältnis zu England.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Sein nächster Nachfolger ließ den Rückversicherungsvertrag mit Rußland fahren, was übrigens Bülow mißbilligt hatte; aber auch er machte keine Anstrengung, um die dadurch entstandene Lücke im Neze zu bessern<sup>1)</sup>.

Es war ein Irrtum, wenn man im Berliner Kabinett annahm, England sei mit Frankreich auf der einen, mit Rußland auf der anderen Seite so arg verfeindet, daß sich diese Mächte nicht gegen Deutschland zusammenfinden würden. Auch hielten die Ratgeber Kaiser Wilhelms Deutschland für stark genug, sich mit Hilfe des Dreibundes gegen Ost und West zu behaupten. Im ruhigen Bewußtsein, den Nachbarvölkern kein Unrecht zugefügt und deren Verlegenheiten nicht zu einem Anschläge mißbraucht zu haben, zog sich die deutsche Regierung auf ihre eigenen militärischen Hilfsmittel zurück; sie glaubte, das Reich ruhe sicher an diesem und an dem Anker des Dreibundes.

\*

### Bülow über das Verhältnis zu England

Von den möglichen Bündnissen wäre das mit England das aussichtsreichste gewesen, wenn auch das zur Zeit des Burenkrieges vereinsamte Britannien nicht so viel zu bieten hatte wie später; die Ausdehnung des deutschen Kolonialwesens war aber davon zu erwarten.

<sup>1)</sup> Noch nach dem Kriege verfocht Fürst von Bülow die in der „Deutschen Politik“ und auch sonst dargelegte Theorie. In einem am 24. August 1919 im „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlichten Briefe Bülows heißt es mit Bezug auf das englische Bündnisangebot von 1899: „Jene englische Anregung um die Wende des Jahrhunderts erfolgte in einer Zeit, wo es England erwünscht gewesen wäre, wenn wir 1899 seine schwierige Lage im Burenkriege erleichtert hätten, indem wir die russischen und französischen Bajonette auf uns ablenkten und ihm die Dienste erwiesen, die ihm dann Japan auf den Schlachtfeldern der Mandchurei leistete. Japan war aber Rußland gegenüber weniger verwundbar als wir. Es hatte auch nicht bei einem Konflikt mit der Feindschaft einer Großmacht wie Frankreich zu rechnen. Das deutsche Interesse gebot, uns weder von Frankreich und Rußland gegen England, noch von England gegen Rußland vorschieben zu lassen. Wir mußten unsere Unabhängigkeit behaupten, uns freie Hand wahren, durften für Niemanden die Kastanien aus dem Feuer holen.“

Es ist aber naiv anzunehmen, daß ein 1899 mit England mitten in dessen Verlegenheiten abgeschlossener Vertrag den Gegensatz zu Deutschland aufgehoben hätte. Damals war das erste deutsche Flottengesetz angenommen, das zweite entscheidende in Vorbereitung. Britannien konnte nunmehr nach den von den Buren erlittenen empfindlichen Schlappen dem Berliner Kabinett nicht den Verzicht auf eine Kriegsmarine auferlegen. Ging aber die Seerüstung auch weiter vorstatten, so brach nach dem Burenkriege die Eifersucht wieder hervor und man stand wieder so zueinander, wie vor dem etwa eingegangenen Vertrage. Was die Briten beunruhigte, war nicht das am Anfange des Jahrhunderts bestehende Kräfteverhältnis, sondern die sichere Aussicht, daß es sich unaufhörlich zugunsten des mächtig aufstrebenden Deutschland verschob. Es war ja gar nicht daran zu denken, daß England der Bundesgenosse Deutschlands bleiben und ihm gestatten würde, von dem breiten Rücken des Freundes gedeckt, seine Flotte auszubauen. Unter allen Umständen hätte Britannien von Deutschland den Verzicht auf eine ihm gleichstrebende Seemacht verlangt. Wollte man die Engländer zu Freunden, so mußte das Flottenprogramm geopfert werden. Ein drittes gab es nicht.

Bis etwa 1905 wäre ein derartiger Verzicht möglich gewesen, nachher aber hätte sich die öffentliche Meinung Deutschlands dagegen aufgelehnt. Die Nation wollte es sich nicht verbieten lassen, naturgemäß zu wachsen. Wilhelm II., Tirpitz, das Offizierskorps und die national Hochgestimmten unter den Gebildeten waren auch früher nicht dafür zu haben; später, nach Englands in der Marokkofrage bekundeten Feindseligkeit, gab es auch im Reichstage keine Mehrheit für den Verzicht auf das Flottengesetz von 1900. Nur die Sozialdemokraten und ein kleiner Kreis bürgerlicher Antimilitaristen hätten zugestimmt, darüber hinaus keine nennenswerte Gruppe. Als Probe diente die Abstimmung über die Flottennovelle von 1906, für die sich alle größeren bürgerlichen Parteien einhellig aussprachen. Und wir wissen, daß mit dem Gesetze von 1906 die entscheidende Wendung und das Wettüsten durch den Bau von Dreadnoughts eintrat, womit England vorangegangen war. Die späteren Versuche einer grundsätzlichen Verständigung über maritime Dinge mißlangen und was etwa im einzelnen ausgemacht wurde, blieb ein Flickwerk.

Beharrte aber Deutschland bei seiner Flottenpolitik, so hatte es überhaupt keine Wahl unter den noch möglichen Allianzen als die mit

Rußland. Das war zur Zeit des Burenkrieges noch anders gewesen; damals konnte noch die von England gebotene Hand ergriffen werden. Im Jahre 1905, nach der ersten Marokkokrise und während der Zusammenkunft von Björkoe war der Vorhang gefallen und Deutschland war eingekreist, wenn es nicht Rußland für sich gewann. Kaiser Wilhelm hatte das richtige Gefühl dafür und schloß mit Nikolaus II. ab; der Kanzler aber glaubte die Wahl noch offen und in diesem Irrtum blieb er bei dem System der Gegengewichte.

Wohl entging dem Fürsten Bülow nicht, was über den Kanal her Schlimmes drohte, wenn er auch nicht wußte, daß der oberste Chef der britischen Flotte, Admiral Fisher, 1905 und 1908 dem König Eduard in den Ohren lag, ohne vorherige Ankündigung in die deutschen Häfen einzubringen und dort die Panzer in den Grund zu bohren. Der Reichskanzler meinte aber, das Unheil lasse sich durch Klugheit und Kaltblütigkeit beschwören. Oft sagte er während seiner Amtsführung und begründete es in seiner „Deutschen Politik“ näher, er habe, solange die Flotte noch zum Widerstande zu schwach war, durch die Gefahrenzone steuern müssen; bis dahin konnte England den Nebenbuhler zur See ohne Anstrengung und ohne jede Gefahr niederschmettern und auch seine Handelsflotte wegführen. Später werde Deutschland mehr Sicherheit genießen; und sich den Risikogedanken Tirpitz' zu eigen machend, sprach Bülow in seinem Buche die Ansicht aus, Großbritannien werde sich nach Fertigstellen der deutschen Flotte vor dem Angriffe hüten, da es dann Gefahr laufe, in einer oder mehreren Seeschlachten seine besten Panzerschiffe und damit seine unbedingte Hoheit über das Weltmeer zu verlieren. Bis dahin mußte — dieser Schlüssel zum Verständnis seiner Politik ward von Bülow gegeben — England vorsichtig behandelt werden, nie durfte sich Deutschland eine Blöße geben, nirgends „die Flanke bieten“. Ähnlich, aber noch anschaulicher, legte er im Gespräche mit Kaiser Wilhelm seine Gedanken dar. Er verglich die von ihm zu leistende diplomatische Arbeit mit der des Themistokles, als Athen nach den Perserkriegen seine Mauern wieder aufbauen wollte und das eifersüchtige Sparta dagegen Einspruch erhob. Damals ließ sich der kluge Mann nach Sparta zur Unterhandlung senden und hielt dessen mißgünstige Regierung so lange hin, bis die Mauern der Stadt durch die angestrengte Arbeit von Männern, Frauen und Kindern zu stattlicher Höhe emporgestiegen waren. Ein geistreicher Vergleich, der nicht bloß für den Anfang, sondern auch für das Ende, von der Schöpfung

der Flotte bis zu deren Untergang, stimmte; denn die Mauern Athens haben die Eroberung der Stadt am Schlusse des Peloponnesischen Krieges nicht hindern können, ebensowenig wie die Flotte den Niederbruch Deutschlands.

Seit dem Flottengesetze von 1900 handelte Bülow nach der von ihm aufgestellten Regel. Die deutsche Regierung hütete sich, England Anlaß zu Beschwerden zu geben und unterdrückte deshalb auch ihr Verlangen nach neuen Kolonien; nicht einmal in Marokko griff sie zu, obwohl Frankreich dazu einlud. Deutschland nahm selbst Beleidigungen ohne Gegenschlag hin. Als das Londoner Kabinett in der Note vom 25. August 1904 mit Krieg und als der Civillord Arthur Lee am 3. Februar 1905 mit der Zerstörung der deutschen Flotte drohte, begnügte sich das Berliner Kabinett mit ruhigen und ernsten Verwahrungen. Ähnlich nach der Enthüllung Delcassés, daß England der französischen Regierung im Mai 1905 militärischen Beistand versprochen hätte, falls sie wegen Marokkos nicht nachgeben wollte. Als das Londoner Kabinett darauf im Herbst 1905 erklären ließ, es habe Frankreich nicht zum Kriege ermutigt, gab sich Bülow den Anschein, dieser Versicherung zu glauben. Dieselbe Selbstbeherrschung übte die deutsche Regierung, als das britische Ministerium dem Parlament 1909 die sie beleidigende Gröfßnung machte, Deutschland baue insgeheim mehr Kriegsschiffe, als sein Reichstag bewilligt habe. Bülow und Tirpitz berichtigten kurz und sachlich, um den Streit nicht fortzuspinnen (Band II, Seite 331 f.). Wußten sie doch, daß sie der Kriegspartei in England sonst Anlaß zu Treibereien geben würden, wie die des Feldmarschalls Lord Roberts gewesen war. Der deutsche Botschafter in London, Wolff-Metternich, war beunruhigt und machte Bülow aufmerksam, daß Deutschland gut daran tun würde, seine Seerüstung einzuschränken. Der Kanzler beriet darüber mit dem Marineminister, der es für tunlich erklärte, sich mit England über ein bestimmtes Stärkeverhältnis zu einigen. Das war der Beginn der zwanglosen Besprechungen über den Gegenstand, die aber erst später mit der Festsetzung des Verhältnisses von 1:1,6 endeten. Mit der englischen Flottenpolitik hing es zusammen, daß Grey die Anregung gab, man solle zur Beseitigung des Verdachtes geheimer Schiffsbauten den Marinebevollmächtigten der zwei Staaten die Befugnis erteilen, die beiderseitigen Bauten zu überwachen. Kaiser Wilhelm widerstrebte anfangs diesem vermeintlichen Eingriffe in seine Militärhoheit; nur mit einiger Mühe bestimmte ihn Tirpitz zum Nach-

geben, damit Deutschland nur nicht böser Anschläge gegen den Frieden beschuldigt werden könnte<sup>1)</sup>.

In bezug auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit England urteilte Bülow optimistischer als Tirpitz, er hielt ihn für vermeidlich, wenn die Geschäfte in Berlin nur geschickt geführt wurden. Zwar dürfe man sich keine Blößen geben, deshalb aber sei der Verzicht auf eine Weltpolitik doch nicht notwendig. Bis zum Besitze einer Flotte etwa in dem Ausmaße, wie sie bei seinem Rücktritt bestand, sei Vorsicht geboten, später werde Britannien im eigenen Interesse dem Zusammenstoße ausweichen. In dieser rosigeren Auffassung der Weltlage nahm Bülow keinen Anstand, sich in Marokko ein hohes Ziel zu stecken und auf die handelspolitische Besitznahme Vorderasiens hinzuwirken, und dies gleichzeitig mit dem Flottenbau. Indessen sah er nach dem Mißerfolge von Algeciras den in Marokko gemachten Fehler ein und anerkannte durch das Abkommen mit Frankreich vom 9. Februar 1909 dessen politisches Übergewicht in jenem Lande. Auch mit England hoffte er ins reine zu kommen und verbreitete sich darüber ausführlich in der „Deutschen Politik“. „Kriegswolken“, so heißt es dort, „gehören zum Bilde des politischen Himmels. Aber die Zahl derer, die sich entladen, ist ungleich geringer als die Zahl der Wolken, die sich verziehen. Gleich schwere, wenn nicht schwerere Gefahren haben den Frieden zwischen England und Frankreich in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts während der Julimonarchie bedroht und zeitweise auch in der Epoche des zweiten Kaiserreiches. Zwischen England und Rußland schien 1885 gelegentlich der Zuspizung der afghanischen Frage der Krieg unvermeidlich. Alle diese bedrohlichen Wolken haben sich verzogen, ohne daß eine Entladung erfolgt wäre“<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 178, 180.

<sup>2)</sup> Eine andere Kernstelle des Buches lautet: „Frankreich würde uns angreifen, wenn es sich bei zureichenden Kräften glaubte, England nur, wenn es zu der Ansicht käme, daß es seine wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen nicht anders als auf gewaltsamem Wege gegen Deutschland durchsetzen könnte. Die Triebfeder der englischen Politik uns gegenüber ist nationaler Egoismus, die der französischen nationaler Idealismus. Wer aber seine Interessen verfolgt, wird meist besonnener bleiben, als wer einer Idee nachjagt.“ In der zweiten Ausgabe der „Deutschen Politik“, 1916 veröffentlicht, ist zwar der obige Beweisgang Bülows wiederholt, auch durch Zusätze näher begründet, aber doch auch manche Einschränkung hinzugefügt. So wird S. 118—121 das Bedauern ausgesprochen, daß Britannien die Freundschaft Deutschlands nicht gewollt, die ihm wiederholt entgegengestreckte Hand zurückgewiesen habe. Übrigens erkannte Bülow, daß er sich von dem Bau der Flott-

Man glaube nicht, daß der ehemalige Reichskanzler dies freundliche Bild 1913 nur ausgemalt habe, um zu beschwichtigen. Im vertrauten Zwiegespräche ging er zu jener Zeit noch weiter und bekannte sich zu der Ansicht, daß die Zeit der großen Kriege vorüber sei, daß die innigen volkswirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wie der Sinn für Menschlichkeit eine friedliche Entwicklung der Welt erhoffen lasse. Deshalb tadelte er während des Weltkrieges und nachher laut die Unvorsichtigkeit der von Bethmann Hollweg 1914 betriebenen Politik, bei der Deutschland den Gegnern ins Messer gelaufen sei. Die freundliche Auffassung der bei seinem Rücktritte 1909 bestehenden Weltverhältnisse hatte ihre Ursache in Bülow's starkem Lebensgefühl, in der Zuversicht, die Geschäfte glücklich geführt und sie seinem Nachfolger in gutem Stande zurückgelassen zu haben. Als seine hoffnungsvolle Annahme 1914 zusammenbrach, fand er, die Schuld läge vor allem an den unerbittlichen Mißgriffen seines Nachfolgers. Wie anders, wenn er 1914 an der Spitze gestanden hätte! Daß er selbst die Fähigkeit besessen haben würde, den Sturm zu beschwören, war die Überzeugung, mit der er weder in seinen Gesprächen noch in seinen Briefen zurückhielt.

In seinem Vertrauen auf die Kraft und den guten Stern Deutschlands zögerte er nicht, in der „Deutschen Politik“ auch auszusprechen, Deutschland werde zuletzt ebenbürtig neben Britannien treten und von ihm als gleichberechtigt anerkannt werden. Das war aber eine Selbsttäuschung. War England wirklich dazu bereit, bestanden auch nur Anzeichen seines Einlenkens? Es gab zwar auch jenseits des Kanals Stimmungen zu einem Vergleiche auf einer solchen Grundlage; alle maßgebenden britischen Staatsmänner aber, alle Kriegsteile, die großen Reeder und die Chefs der Welthandelsfirmen wiederholten unaufhörlich, daß England wie bisher Herrscher auf den Meeren bleiben müsse; seine Sicherheit, seine Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln sei bedroht, wenn es nicht das Imperium über den Ozean besitze. Diese Sorge wurde von ihnen nicht vorgeschützt, sondern wirklich gehegt, was von vielen sonst einsichtigen Deutschen nicht geglaubt wurde. Die britischen Staatslenker um Eduard VII. hielten eine ihnen ungünstige Weiterentwicklung für unvermeidlich; daher die Aufrichtung

für den Frieden zuviel versprochen habe. Deshalb ließ er die optimistischen Stellen weg und betonte bloß, daß Deutschland durch die Flotte Bewegungsfreiheit erworben habe. — Einen guten Vergleich zwischen den zwei Auflagen bietet die Schrift von Richard Hamel, „Aus Fürst Bülow's diplomatischer Werkstatt“, Berlin 1916.

eines großen Bündnisystems gegen Deutschland, daher dessen wohlge-  
lungene Einkreisung. Sonach ging die deutsche und die eng-  
lische amtliche Politik von der entgegengesetzten Annahme aus;  
die erstere hielt den Krieg für vermeidbar, die letztere nicht. Das  
ist der durch die Leidenschaften des Weltkrieges bei vielen in  
Vergessen geratene Sachverhalt; darauf ist in letzter Linie zurückzuführen,  
daß die deutsche Diplomatie sich wenig um weitere Sicherungen durch  
Bündnisse kümmerte, während die britische das Netz immer fester zuzog.  
Sinnlos aber sind die gegenseitigen Vorwürfe über die Tücke und  
Hinterhältigkeit des anderen Teiles. Nicht in den Persönlichkeiten lagen  
die Ursachen des Zusammenpralles, sondern in den über ihnen waltenden  
staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften, also, um es  
in der philosophischen Schulsprache mit einem vielleicht abgegriffenen  
Worte auszudrücken, nicht in der menschlichen Freiheit, sondern in der  
harten Notwendigkeit.

\*

## Deutsche Orientpolitik

Noch mehr Schwierigkeiten türmten sich für Deutschland auf, als  
es, wie es französische politische Schriftsteller gern genannt haben, von  
dem Drang nach dem Osten erfaßt wurde. Auch hier setzte sich die  
stark gewordene Nation neue Aufgaben, die, mit den anderen zu-  
sammengenommen, über ihre Kräfte gingen.

Es war nicht das Werk der deutschen Diplomatie, sondern ergab  
sich aus der Weltlage, daß der türkische Sultan beim Deutschen Reiche  
Schutz und Hilfe suchte. Vorüber war die Zeit, da er gegen die Er-  
oberungsabsichten Rußlands bei England und Frankreich Anlehnung  
fand. Die französische Republik besorgte im nahen Osten die Geschäfte  
des Zaren und Britannien wandte sich seit dem Ende des 19. Jahr-  
hunderts ganz von der Pforte ab. Seitdem England sich in Ägypten  
festgesetzt hatte, war das Nilland der Angelpunkt seiner Machtstellung,  
Konstantinopel wurde ihm gleichgültig. Mit der Zeit faßte es dann  
die Zerschlagung des türkischen Reiches ins Auge, um dessen arabische  
Gebietssteile als Landbrücke nach Indien zu gewinnen. Mit Schrecken